

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 293  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftsgelb 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2306-2307

## Nansens Ruf an Deutschland.

Hinein in den Völkerbund!

Genf, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Der bekannte Delegierte des Völkerbundes, Nansen, erklärte dem Genfer Korrespondenten des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ gestern folgendes:

„Der Völkerbund wartet auf Deutschlands Eintritt. Ein deutscher Antrag würde mit allen Ehren aufgenommen werden, da er als Versöhnungswille von der ganzen Welt gedeutet würde. Die Militärkontrolle bedeute kein Hindernis, wie Bulgarien beweise. Ein Widerstand sei von Frankreich und der kleinen Entente bestimmt nicht zu erwarten. Ein ständiger Ratssitz würde durch Versammlungsbefehl für Deutschland geschaffen werden. Der psychologische Augenblick sei jetzt da. Amerika würde Deutschland folgen.“

### Umschwung in der Reichsregierung? Die deutschen Eintrittsbedingungen.

Der Berliner Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, laut einem Londoner Telegramm der „B. Z. a. M.“, daß unmittelbar nach der Kabinettsitzung am 23. September mit der Bekanntgabe eines deutschen Antrages auf Eintritt in den Völkerbund gerechnet werden könne. Die alliierten Diplomaten in Berlin sind im Besitze von entsprechenden Informationen. Deutschland werde seinen Antrag nur an zwei Bedingungen knüpfen: Politische Gleichberechtigung Deutschlands und Zusage eines ständigen Sitzes im Völkerbunde.

Wenn diese Mitteilung zutreffen sollte, so würde das bedeuten, daß die politische Barmherzigkeit schließlich doch den Sieg über bürokratische Kurzsichtigkeit davongetragen hat. Wir geben uns freilich nicht der Hoffnung hin, daß damit die Sache erledigt ist und daß nicht wieder irgendeine Luftströmung in der Wilhelmstraße zu neuen Entschlüssen führt. Denn neben den deutschnationalen Saboteuren, die berufsmäßig ihre Treibereien gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund fortsetzen, scheinen sich neuerdings auch

Bestrebungen geltend zu machen, die den Beitritt Deutschlands von der Zustimmung Sowjetrußlands abhängig machen wollen. Eine solche Entwicklung, die durchaus in der Linie der völkisch-kommunistischen Zusammenarbeit liegt, würde für die deutsche Politik nicht minder katastrophal sein, wie die deutschnationalen Sabotagepolitik. Im gegenwärtigen Augenblick kann es für Deutschland nur eine Parole geben: Hinein in den Völkerbund!

### Parmoor - Stresemann.

Stimmen der Pariser Linkspresse.

Paris, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Polemik Parmoor-Stresemann erweckt hier allergrößtes Interesse. Alle Blätter veröffentlichen den Wortlaut der wechselseitigen Erklärungen des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ und des Wolff-Büros unter Ueberschriften, die für Stresemann nicht sehr schmeichelhaft sind. Nach den Erfahrungen, die man bereits in den letzten Tagen mit der Wilhelmstraße gemacht hat, ist man hier ganz allgemein davon überzeugt, daß Stresemann die Unwohrheit sagt. So lautet z. B. die Ueberschrift des „Quotidien“ in der heutigen Ausgabe anlässlich der Wiedergabe der Erklärungen: „Herr Stresemann leugnet, obwohl der Lüge durch Lord Parmoor überführt.“ Das „Deutre“ äußert u. a., daß die Absicht des Reichsenzlers, den Bürgerkrieg zu verhindern, nur möglich sei, wenn er sich von Stresemann trenne, „der durch seine Verapredungen an die Deutschnationalen kompromittiert und durch die beiden Dementis Lord Parmoors erniedrigt ist.“ Wörtlich sagt das Blatt weiter: „Solange Herr Stresemann in der Wilhelmstraße bleiben wird, werden die europäischen Regierungen mit Deutschland nur ungenügend und mit Mißtrauen verhandeln können.“

### Der Reichspräsident zurückgekehrt.

Der Reichspräsident ist von seinem Erholungsurlaub aus Freudenstadt heute wieder in Berlin eingetroffen.

Diktatur hat durch ihr blindes Wüten, das den Interessen des modernen Staats und Wirtschaftslebens widerspricht, selbst den Boden erschüttert, auf dem sie ausgerichtet wurde.

### Demokratischer Friedenskongreß.

„Die Freiheit der Demokratie ist die Grundlage des Friedens.“

London, 18. September. (W.Z.B.) Gestern wurde die dritte Session des internationalen demokratischen Friedenskongresses eröffnet, der sich mit der Frage des Friedens durch internationale Zusammenarbeit befaßt. Anwesend waren Delegierte aus Deutschland, Amerika, Belgien, England, Frankreich, Spanien, Italien, Rußland, Österreich und Ungarn. Norman Angell betonte in seiner Begrüßungsansprache die Tatsache, daß französische und deutsche Vertreter, die große Körperschaften ihrer Länder vertreten, auf derselben Plattform zusammentreffen und hierdurch ein Beispiel bürgerlichen Mutes geben, das dem besseren Verständnis unter den europäischen Völkern dienlich sein werde. Er verlas hierauf eine Botschaft des Papstes und des Erzbischofs von Canterbury. Marc Sangnier (Frankreich), der Begründer der jeune republique, einer Bewegung, die sich besonders an die katholische Jugend Frankreichs mit der Aufforderung wendet, für die Wiederherstellung mit Deutschland zu arbeiten, hielt hierauf die Eröffnungsrede, in der er ausführte, das französische und deutsche Volk hegten keinen Haß gegeneinander. Die Weltprobleme könnten nur vom moralischen Gesichtspunkt aus gelöst werden. Der Verleger der „Königlichen Volkszeitung“, Dr. Stock, sagte, er glaube, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund davon abhängig sei, daß Deutschland einen Sitz im Völkerbundsrat erhalte und ihm keine Probezeit auferlegt werde, ebenso könne keine Rede davon sein, daß Deutschland irgendeine neue Kriegsschuldenerkennung abgebe. Die Nationen müßten in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit blicken. Heile (Berlin) sagte: Die Methode, durch einen großen beherrschenden Militarismus den Weltfrieden zu sichern und die Welt zu organisieren, habe stets zum Mißerfolge geführt. Die einzige geeignete Grundlage sei die Freiheit der Demokratie. In diesem Sinne müßte die Jugend durch Erziehung beeinflusst werden.

Die Fragen, die in der Sitzung behandelt wurden, umfaßten wirtschaftliche Probleme des Friedens, internationale Zusammenarbeit sowie die demokratische internationale Bewegung. Man beschloß, Telegramme an MacDonald, Herriot und Marx zu senden und sie zu dem Erfolg zu beglückwünschen, den die Londoner Konferenz bereits gezeigt habe. In der Nachmittagsitzung sprach u. a. Sir George Paish, der u. a. ausführte: Bisher sei keins der internationalen Probleme geregelt worden, nicht einmal das Reparationsproblem. Die deutsche Anleihe sei in England nicht sehr populär, aber unbedingt notwendig für England, Europa und die ganze Welt. Andernfalls werde es einen neuen Zusammenbruch in Deutschland und ein allgemeines Chaos geben. Der einzige Weg, der vom Abgrund wegführe, sei ein Wechsel in der Bestimmung. Die Engländer müßten den Deutschen, den Russen und Franzosen helfen. (Beifall.)

Der Kongreß wird heute und morgen weitere Sitzungen abhalten.

## Weltrevolution und Amnestie.

Kommunisten und Spitzel.

In Stuttgart ist nach einem Bericht der „Roten Fahne“ das dortige kommunistische Blatt wiederum auf vier Wochen verboten und die ganze Redaktion verhaftet worden, mit ihr der Landtagsabgeordnete Köhler und der Reichstagsabgeordnete Müller-Kaiserslautern. Die „Rote Fahne“ gibt nicht an, worauf diese scharfe Maßregel zurückzuführen ist, sondern beschränkt sich, darauf auszurufen:

Wenn die deutsche Arbeiterschaft den Justizterror zurückdämmen will, muß sie daher der württembergischen und bayerischen Arbeiterschaft in ihrem Kampf die aktivste Hilfe leisten.

Wir wollen einmal alle Voraussetzungen der „Roten Fahne“ als richtig unterstellen: als richtig also, daß KPD und „Arbeiterkraft“ ein und dasselbe ist, als richtig, daß die Arbeiterschaft sich vorbehaltlos an die Seite der verfolgten Kommunisten zu stellen hätte. Daß wir selber dieser Ansicht nicht sind, wissen unsere Leser ebenso genau wie sie wissen, daß wir nicht müde werden, auf die ungleiche gerichtliche Behandlung der Kommunisten und der Böllischen immer wieder hinzuweisen.

Angenommen also, alle Voraussetzungen der „Roten Fahne“ wären richtig, wie stellt sich dann das kommunistische Blatt die „aktivste Hilfe“ vor, die die Arbeiterschaft den württembergischen und den bayerischen Kommunisten leisten soll? Bisher hat sich doch gezeigt, daß die von den Kommunisten betriebene Politik nur immer mehr Arbeiter ins Zuchthaus gebracht, aber keinen einzigen aus ihm befreit hat.

An die Möglichkeit, die Gefangenen mit Gewalt zu befreien, glauben doch auch die Kommunisten selber nicht. Das wäre nur möglich, wenn eine kommunistische Revolution siegreich wäre — wie es aber damit bestellt ist, wissen die Kommunisten selber am besten. Gerade dadurch, daß sie immerzu über Unterdrückung klagen, zeigen sie, wie die tatsächlichen Machtverhältnisse gelagert sind. Die Tätigkeit der kommunistischen Partei besteht fast nur noch darin, nach Hilfe zu schreien. Das tut eine Partei nicht, die sich am Vorabend ihres endgültigen Sieges wähnt.

Dabei bestehen die Kommunisten darauf, ihren Anhängern einzureden, wir Sozialdemokraten freuten uns, wenn recht viele Kommunisten ins Zuchthaus kämen, wir wollten keine Amnestie und verteidigten die Klassenjustiz. Jeder, der die sozialdemokratische Presse liest, weiß, daß das eine nichts würdige Lüge ist. Die besten Argumente gegen das zweierlei Maß, mit dem Böllische und Kommunisten so oft gemessen werden, schreibt die Kommunistenpresse ja regelmäßig aus dem „Vorwärts“ ab.

Aber unterstellen wir einmal auch diese blödsinnige Lüge als wahr. Welche Aussichten auf Befreiung eröffnen sich den Opfern der Kommunisten, wenn selbst die Sozialdemokraten gegen ihre Befreiung sind? Offenbar gar keine. Denn diese Opfer können ja in den Zuchthäusern verkaufen, wenn sie darauf warten wollen, bis sie von der KPD aus eigener Kraft befreit werden.

Wollen die Kommunisten die Befreiung wirklich, dann müssen sie für die Amnestie auch Anhänger außerhalb ihrer eigenen Reihen werden. Das können sie aber nur durch eine Aenderung ihrer bisherigen Politik. Solange sie nicht auf die Anbetung der brutalen Gewalt verzichten, werden sie nicht verhindern können, daß auch gegen sie und ihre verführten Opfer Gewalt angewendet wird.

Jeder Beamte, jeder Richter ist gezwungen, nach dem Gesetz zu handeln. Daß das Gesetz leider oft ungleich angewendet wird, ist hier immer wieder gesagt worden. Aber wenn es auch möglich wäre, diesen immer wieder gerügten Fehler zu beseitigen und eine völlig unparteiische Handhabung der Gesetze herbeizuführen, würde die Tatsache bestehen bleiben, daß es die Aufgabe der Polizei ist, Gewalttaten zu verhindern, wie die Aufgabe der Gerichte, Gewalttaten zu bestrafen. Das geschieht in England, das geschieht in Frankreich, das geschieht in Deutschland, das geschieht auch mit ganz besonderem Nachdruck in Rußland.

Selbst wenn man die grundsätzliche und moralische Seite der Frage ganz außer acht läßt, ergibt die einfachste logische Erwägung, daß es ein Unsinn ist, wenn eine im Grunde ohnmächtige Partei, wie die KPD, die Gewalt predigt und zu üben verjucht. Damit kann sie gar nichts anderes erreichen, als die stärkere Gewalt der anderen herauszufordern und Opfer auf Opfer zu häufen, ohne ihrem Ziel näherzukommen. Eine solche Politik ist eine ungeheure Gewissenlosigkeit gegenüber den eigenen Anhängern.

Wie wenig es aber den Kommunisten in Wirklichkeit darauf ankommt, die Opfer ihres eigenen Treuens zu retten, zeigt sich auch an der Rücksichtslosigkeit, mit der sie selber diese Opfer abschütteln, sobald sie das aus Gründen taktischer Vorsicht für notwendig halten. Da verwandeln sich die eingekerkerten Helden der Revolution, zu deren Befreiung die Arbeiterschaft alles aufbieten soll, mit einemmal zu nichts würdigen Lockspiegeln.

So begeht die „Rote Fahne“ die Infamie, ihren bekanntesten Parteigenossen Bohenhardt, dessen Fluchtversuch den Zwischenfall in der russischen Handelsmission verursacht hat, abermals der Spitzel zu beschuldigen, nur weil sie aus prozessualischen Gründen Anlaß hat, ihn abzuschütteln. Dabei muß es ihr bekannt sein, daß Bohenhardt, der ein überzeugter Kommunist ist oder war, im Gefängnis Selbstmord begehen wollte, als dieser ungeheuerliche, dir-

### Die Krise der Diktatur.

Die italienischen Industriellen gegen Mussolini.

Rom, 18. September. (E.P.) Der italienische Industriellenverband hat Mussolini ein Memorandum überreicht über die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage. Das Memorandum wurde auf Grund eingehender Beratungen in Mailand verfaßt und hebt den Schaden hervor, den die unsichere Lage und die Verletzung der wirtschaftlichen Interessen zuzüge. Die allgemeine Lage bleibe auch nicht ohne Rückwirkungen auf die Arbeiter. Die Mehrheit der Arbeiter sei dem sozialistischen Gewerkschaftsbund treu geblieben. Die von den faschistischen Gewerkschaften unter dem Druck der Regierungspartei organisierten Minderheiten bringen die Industriellen in Verlegenheit. Die Industriellen fragten deshalb die Regierung, wie die Verhältnisse geordnet werden könnten, solange die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit durch die Einmischung der herrschenden Partei zunächst gemacht werde. Auf Grund seiner Erhebungen hat der Industriellenverband folgende Forderungen aufgestellt: 1. Normalisierung der politischen Lage und Wiederherstellung des Vertrauens im In- und Ausland im Rahmen der Verfassung. 2. Unbedingte gewerkschaftliche Organisationsfreiheit ohne jeden Druck oder Einmischung der politischen Gewalt und Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Presse- und Versammlungsfreiheit, die eine notwendige Gewähr für die friedliche Entwicklung des nationalen Lebens bedeuten. 3. Die staatliche Lösung der Militärfrage als Grundbedingung für die Normalisierung.

So müßte es kommen. Dieselbe Diktatur, die ursprünglich zum Schutz des Kapitals vor der Arbeiterschaft, mit Unterstützung der Unternehmerschaft ausgerichtet wurde, wird jetzt vom italienischen Industriellenverband bekämpft, weil sich die Gewaltpolitik Mussolinis und die korrupte Herrschaft des Faschismus als die schlimmsten Hemmnisse der wirtschaftlichen Entwicklung Italiens erwiesen haben.

Die absurde Vorstellung, daß ein modernes kapitalistisches Land mit den Methoden des absoluten Polizeistaates regiert werden könnte, ist durch die Entwicklung in Italien schlagend widerlegt worden. Jetzt verlangen die Industriellen selbst, daß nicht nur die Demokratie und die verfassungsmäßigen Freiheiten wiederhergestellt, sondern daß auch unbedingte gewerkschaftliche Organisationsfreiheit, ohne jede Einmischung der politischen Gewalt gewährt werde. Diese Forderung bedeutet die Preisgabe des Begriffes der Diktatur und die unumwundene Anerkennung des Sieges der italienischen Arbeiterklasse, die nach dem Geständnis des Industriellenverbandes in ihrer Mehrheit dem sozialistischen Gewerkschaftsbund treu geblieben ist.

Wenn die italienischen Industriellen jetzt neben anderen Forderungen auch die Forderung der gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit aufstellen, so tun sie das nicht aus Liebe zu den Gewerkschaften, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß die italienische Wirtschaft zugrunde gehen muß, wenn der sozialistischen Arbeiterschaft nicht die erforderliche politische und gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit gewährt wird. Die

nichts berechnete Vorwurf zum erstenmal gegen ihn laut wurde. Wünscht die „Rote Fahne“, daß sich dieser Bohlenhardt wirklich auflöst, damit ein ihr unbecommes Gewörderner aus der Welt geschafft wird?

Zunächst bezeichnet die „Rote Fahne“ auch noch eine ganze Reihe anderer Kommunisten, die in Stuttgart wegen der bekannten Tschaja-Angelegenheit verhaftet wurden, ohne weiteres als Erbkönig, Bachofen, Wegel, Diener, Heidenreich usw. usw. Dieses vielversprechende „usw. usw.“ steht heute buchstäblich in der „Roten Fahne“. Wir wissen nicht, ob die Benannten nicht ebenso nur Opfer kommunistischer Verleumdung sind, wie es der arme Bohlenhardt zweifellos ist. Aber wiederum angenommen, die „Rote Fahne“ hätte recht, dann wäre ja die kommunistische Partei von oben bis unten mit Spießeln durchsetzt. Dann würde man nie recht unterscheiden können, ob die Leute, die aus Anlaß einer bestimmten „weltrevolutionären Aktion“ verhaftet werden, revolutionäre Idealisten oder ordinäre Lumpen sind.

Eine genaue Unterscheidung scheint uns aber notwendig. Denn wir müssen schon sagen: für gefaule Strolche, die arme unwillige Arbeiter zu Gewalttätigkeitsverbrechen anstiften, um sich an ihnen ihren Judaslohn zu verdienen, ist uns keine Zuchthausstrafe hoch genug, und wir würden es aufs tiefste bedauern, wenn es auch nur einem einzigen Subjekt solcher Art gelänge, aus Anlaß einer Amnestie wieder herauszukommen.

Aber wie geht es denn zu, daß — immer die Behauptung der „Roten Fahne“ als richtig vorausgesetzt — das schmutzige Gewerbe der Lockspitzerei in den Reihen der KPD. so üppige Blüten treiben kann? Ist das nicht auch eine Folge der verhängnisvoll falschen kommunistischen Politik?

Wenn z. B. in der alten kaiserlichen Zeit jemand in einer sozialdemokratischen Organisation vorgeschlagen hätte, man solle Schulkinder überfallen, ihrer Waffen berauben und dann mit dem geraubten Revolver „Revolution machen“, so hätte jedermann sofort gewußt, daß dieser Mensch entweder nur ein Verblöckter oder ein ganz ungewöhnlich dummer Lockspitzler sein könne. Wie sollen aber die unglücklichen kommunistischen Arbeiter einen echten Revolutionär und einen gefaule Lumpen voneinander unterscheiden, wenn beide genau die gleichen Ratschläge erteilen?

Wie ist es z. B. mit Sinowjew? Dieser Sinowjew hat den deutschen Arbeiter öffentlich geraten, Waffenlager zu überfallen und auszuplündern. Ist er nun ein Held der Revolution? Oder ein gefaule Lump?

Vielleicht bemüht sich die „Rote Fahne“, auf diese Frage ohne überflüssiges Geschimpfe klar und nüchtern Antwort zu geben. Dann sind wir gern bereit, uns mit ihr über diese Fragen weiter zu unterhalten!

## Der Skalp des Herrn Hergt. Deutschnationale Kriegstänze.

Es geht jetzt wirklich innerhalb der Deutschnationalen Partei um den Kopf oder den Skalp des Parteiführers. Hergts mangelnde Prophezeiengabe, sein absolutes Versagen in der Beurteilung der Kriegslage, sein Verhalten beim Kapp-Putsch, kurz seine vollständige politische Unzulänglichkeit haben ihm nichts geschadet, bis zu dem Augenblick, da über dem „zweiten Versailles“ die deutschnationale Fraktion sich zur „Fraktion halb und halb“ entwickelte.

Jetzt häufen sich die Stimmen aus dem Lande, die einen Wechsel in der Führung der Partei und der Fraktion verlangen. Man macht Hergt weniger zum Vorwurf, daß die Fraktion so und so gestimmt hat, als daß er bis zum letzten Augenblick die Anhänger und Wähler der Partei in völligem Irrtum über die Stimmung der Fraktion erhalten hat. Das um so mehr, als die Parteileitung sich als Rückenstärker noch die Vertreter aus dem Lande zusammengerufen und stolz deren fast einmütige Entscheidung für ein klares Nein mit allen seinen Folgen verkündet hatte. So sagt die „Deutsche Zeitung“, in der bekanntlich Max Raundbrecher vertritt, er wolle „in

der Partei bleiben“, um für die reine Oppositionsstellung weiterzukämpfen. (Anderer vermuten freilich, er bleibe nur deshalb bei den Deutschnationalen, weil er, falls er sie verlassen sollte, keine Partei mehr fände, aus der er nicht schon ausgetreten wäre.)

Wie die „Deutsche Zeitung“ weiter meldet, treten heute die Vorsitzenden der Landesverbände der Deutschnationalen in Berlin zusammen. Dabei werde die „Frage des Rücktritts der Partei- und Fraktionsleitung eine entscheidende Rolle spielen“. Wenn diese Vorsitzenden der Landesverbände über die Fraktionsleitung zu Bericht stehen sollen, so kann das allerdings nur enden mit einer Hinrichtung Hergts oder mit einem — neuen Umsturz. Denn von den 42 Landesvorsitzenden hatten am 27. August — 2 Tage vor der Spaltung der Fraktion — sich 39 in schärfster Weise für ein unbedingtes Nein gegenüber den Damesgelesen ausgesprochen. Man sollte normalerweise annehmen, daß diese deutschen Mannen aus ihrer damaligen Haltung die Konsequenzen ziehen und der Parteileitung ihre Enttäuschung ausdrücken würden.

Aber da das Normale bei der „Fraktion halb und halb“ ausgeschaltet ist, so kann man andererseits wahrscheinlich damit rechnen, daß die Landesvorsitzenden nachträglich auch noch den Umsturz der Partei billigen, besonders da ihnen ja inzwischen von der „Zeit“ angedeutet worden ist, daß sie so lange nicht zur Futterkrippe zugelassen würden, als nicht die ganze Partei sich auf den Boden der Fasler stellen würde. Und da ihnen Ministerportefeuilles doch immerhin wichtig genug erscheinen, so werden sie lieber den Skalp des Herrn Hergt opfern als den Weg zur Macht.

Das heißt: es kann bei den Deutschnationalen auch immer, wenigstens zur Hälfte, wieder einmal anders kommen!

## Endlich Klarheit!

### Mussolini in jüdischer Hand.

Der Stern der Faschisten ist im Sinken. Mussolinis Thron wankt. Seit der Liebling unserer Deutschvölkischen und unserer Deutschnationalen, Poincaré, hat weichen müssen, trägt an jedem teutonischen Herzen die nagende Sorge um das Schicksal dieser letzten ragenden Säule helldöcklicher Politik. Kein Zweifel, auch Mussolini muß den Kräften weichen, die Europa in den allgemeinen Strom „jüdisch-kapitalistischer Entwicklung“ einzubeziehen sich anschicken. Kein Wunder, daß die tiefen Denker unserer deutschvölkischen Bewegung mit Trauer und Schmerz darüber nachsinnen, woran es liegen mag, daß auch diese leuchtende Siegfriedsgestalt den Mächten der Finsternis zum Opfer fällt. Woran kann es liegen? Natürlich nur an den Juden! Juden sind es, die Mussolini umstrickt haben, Juden sind es, die mit goldenen Rehen der allgewaltigen Diktator umfingen und ihn in den jüdischen Abgrund zerren. Das Leibblatt Wulles und v. Graefe-Goldebees vermittelt dem deutschen Publikum dankenswerterweise die Kenntnis der scheußlichen jüdischen Mächenschaften, denen Mussolini zum Opfer fällt. Man hört und staunt:

„Die Mitarbeiterin Mussolinis, Margherita Sarfatti, geb. Grassini — eine Jüdin aus Veredig — bot Mussolini in den frühen Zeiten unmittelbar nach den Friedensschlüssen zunächst die finanzielle Hilfe eines gewissen Goldmann, Baumwollhändlers aus Mailand, an. Doch Mussolini wendete sich bald brüsk von ihm ab, nicht weil er Jude war, sondern weil Goldmann als Gegenleistung eine gewisse Einflußnahme auf Mussolinis Blatt forderte, wozu letzterer absolut nicht zu haben war.“

Gleichzeitig fädelte sie die Freundschaft Mussolinis mit einem anderen Juden, Aldo Finzi, ein, dem späteren Staatssekretär des Innern, der dem großen Volkstribun vor kurzem in der Matteotti-Affäre nahezu zum Verhängnis geworden ist. Finzi ließ der alter-ego Mussolinis, gab ihm zwar aus Eigenem keinen Heller, verschaffte ihm aber

in Gemeinschaft mit anderen Juden des Industriellen-Verbandes aus dem Fonds des letzteren jene 38 Millionen Lire, mit denen Mussolini seinen Marsch auf Rom vorbereitet hat.

Nicht genug mit dem

### Juden-Trio Goldmann-Sarfatti-Finzi.

setzten sie ihm noch einen vierten Juden zur Seite: der Ingenieur Berjellini (sein Vater ist der Direktor des Mailänder Finanzbörse „Al Sole“), der schon als Emittent des jüdischen Kredits im Ausland eine Rolle gespielt hatte und der vom Industriellenverband Mussolini zur Kontrolle der Herausgabe der 38 Millionen beigegeben worden war.

Mit diesem so ausgiebig auch von Juden beschafften, von Juden kontrollierten Gelde kürzte Mussolini die Regierung, riß selbst die Macht an sich und o triebste damit alle Chancen des im Norden drohenden kommunistischen Umsturzes. Damit waren die Interessen der Großindustriellen getrotzt, und Mussolini kam von jenem Moment an von dieser Seite keine weiteren Geldunterstützungen mehr. Mussolini aber, der von nun an Ministerpräsident war, ging es mit seinen faschistischen Organisationen, für die der Staat kein Geld hatte, neuerlich recht schlecht.

Da spielten die Juden, die Mussolinis Zwangslage sehr gut kannten, die große Karte aus: Finzi flüchtete Mussolini zu: „Was bedeutet für Sie ein Goldmann? Was ein Berjellini? Sie mühen mit den ganz Großen gehen!“ Und so brach Finzi die Verbindung mit Loepf, dem Direktor der „Banca Commerciale“ in Mailand, mit dem jüdischen Senator Della Torre, dem Eigentümer des „Secolo“ und Direktor des „Banco Pisa“, sowie mit dem Kommentator Uccelli, dem jüdischen Leiter des „Lloyd Triestino“, zustande. Mit der Annahme der von dieser Finanzgruppe dem Faschismus gebotenen reichlichen Geldmittel war und

blieb Mussolini in starker Abhängigkeit vom jüdischen Gelde.

Bald darauf erfolgte (Herbst 1923) jene aufsehenerregende Erklärung Mussolinis an eine bei ihm erschienene jüdische Deputation, wonach

„der Faschismus keinesfalls antisemitische Tendenzen verfolgte“.

— nebst den glänzenden Geschäften, die das Trio Loepf-Della Torre-Uccelli mit dem Staate fürderhin machte — die Gegenleistung Mussolinis.

In diesem Stile geht es endlos weiter. Überall wimmelt es von jüdischen Beziehungen. Jüdische Damen tauchen auf, jüdische Banken vermitteln das Geschäft mit Sowjetrußland, mit den Juden geht natürlich die Jesuitenpropaganda Hand in Hand, kurz und gut: reitungslos, hoffnungslos ist der große Mussolini dem jüdischen Kapital verfallen.

Wir fühlen mit den Wulle und Graefe den tiefen Schmerz über diese Enttäuschung. Aber eine Frage wird man uns doch sicher gestatten: Wann kommt nun der Nachweis, daß die deutschen Völkischen in der Hand des jüdischen Kapitals sind? Noch wird die jüdische Großmutter dementiert. Aber wie lange kann man an die Keinheit unserer kommenden deutschvölkischen Diktatoren glauben, wenn selbst Mussolini, das große und leuchtende Vorbild unserer Diktaturaspiranten, nur ein Werkzeug in der Hand Aljudas ist?

## Bismarck, der Epigone.

### Das Material für seine Wahlreden.

Kurz vor den Reichstagswahlen erschien eine Sudelbrochure, die angeblich den „Zerfall der Sozialdemokratie“ behandeln sollte, in Wirklichkeit aber nur eine öde ste antisemitische Schimpferei darstellt. Verfasser dieser neuen Lebus-Broschüre ist Arno Franke, der früher sozialdemokratischer Redakteur war, dann zum „Firn“ hinüberwechselte, wo er die Bekämpfung der Partei begann, und schließlich in den Armen Emil Kloths gelandet ist.

Der Verlag dieser unter dem Haupttitel „Deutschlands Zukunft, Deutschlands Erwachen“ lautenden Schrift läßt nun „behördlichen und anderen Betrieben hausierermäßig Bestellungen werben. Die Hausierer müssen dabei Empfehlungs- und Anerkennungs schreiben vorlegen, die von be-

## Der Steinklopfer.

Von Tebataha.

Wir fuhren in rasendem Tempo — der D-Zug hatte eine Stunde Verspätung. Auf einmal knirschte es, wie wenn die Wagenreihe auf lauter Kiesfelsen dahinrollt — mit einem rrrrrrrrrr stand der ganze Zug still. Alles stieg an die Fenster.

„Eine Störung, in zehn Minuten erledigt“, sagte unser Schaffner, so daß wir glatt mit einer halben Stunde rechnen konnten.

Unser Wagen hielt gerade vor einer Landstraße, auf der rechts und links Steinklopfer saßen, die an die Barriere herantraten und sich den Unfall betrachteten wollten. Sechs Männer — braun wie die Reiter, mit Drahtbrillen — standen da. Wir stiegen aus, um die Beine etwas zu vertreten und fingen ein Gespräch an. In der anderen Hälfte des Wagens saßen „vollgefressene“ Familien, die etwas von oben herab auf die braunen Gesellen blickten.

„Ein festes Geschäft, was?“ fragte einer, dessen Gesicht ziemlich verhärtet aussah.

„O ja“, bemerkte trocken einer der Steinklopfer. „Bloß ein bißchen Lungenschwindsucht dabei — aber sonst sind wir gesund.“

Verlegenes Schweigen.

„So schlimm?“ meinte der Zerhächte wieder.

„Ja, wir atmen den ganzen Tag spitzigen, scharfkantigen Steinstaub ein, der unsere Lungen zerfrisst.“

„Mann“, redete einer mit großer Brille aus dem Wagen, „ich glaube, sie haben Platens Heilmethode oder so was studiert und da von Lungengewebe gelesen. Stimmt?“

„Ach, Sie meinen, wir leiden an eingebildeter Krankheit? Sehen Sie her.“

Der Mann hüftete, spuckte auf einen weißen Stein und zeigte ihn dem Mann mit der Hornbrille.

Wir sahen große Blaupuren auf dem Stein. Die Damen blühten entsetzt zur Seite, die Steinklopfer waren ganz ruhig. Der Zerhächte machte: „Chem, chem“ und — verschwand. Die Hornbrille wurde ganz rot im Gesicht.

„Dafür müssen Sie doch was tun, Mann“, sagte er.

„Ja, hab' ich auch. Aber die Medizin ist nichts für arme Leute. Der Doktor sagt: keine Luft, keine schwere Arbeit, gutes Essen. Nun machen Sie mir das mal vor mit 2,50 Mark bei Altkoch.“

„Aber Sie haben doch sicher noch Landwirtschaft?“

„Freilich, doch wenn Sie jeden Handgriff selber machen müssen, keine maschinelle Hilfe haben, dann ist das auch keine Medizin.“

„Nichtig, aber ein Ernährungszusatz“, sagte einer.

„Den man sich selber verdienen muß.“

„Erlauben Sie, Sie drücken sich so gebildet aus, das wundert mich“, sagte der Mann mit der Hornbrille, „haben Sie eine bessere Schule besucht?“

„Das nicht, aber wir haben in unserer Gemeinde Volksschulungsurke abgehalten, da schnappt man doch manches auf.“

„Bitte schön, sind Sie Sozialdemokrat?“ betonte der Ausfrager scharf.

„Was sollten wir wohl anders sein? Hier gibts nur schwerreiche Bauern, die von uns mehr nehmen, als bringen auf dem Markt. Am liebsten gäben sie uns gar nichts. Der Rest sind wir, die wir weniger wie nichts haben. Uns hilft nur der Sozialismus, er hat uns schon geholfen, doch die Zeiten sind zu schlecht.“

„So, so, Aha. Sehen Sie mal an, hem, hem.“

Einer sammelte Zigaretten für die Leute ein. Es kamen wohl ein Duzend zusammen. Wir gaben sie dem Sprecher der Leute, der humoristisch meinte:

„Sehen Sie, zu was so ein Raschindesetz gut ist. Da sind Sie wohl nun schon Duzende von Jahren an uns Steinklopfern vorbeigegangen, heute erst haben Sie ihr Schicksal mal etwas aus der Nähe betrachtet.“

Ich schenkte ihm zum Andenken ein Buch von Regö „Der Morgen graut“ und einige Nummern des „Vorwärts“. Er war erfreut darüber.

„Bitte, einsteigen.“ Bangsam rollten wir davon, während die Steinklopfer hinter ihre Steinwand trocknen.

## Fünfzehn Jupiter-Monde.

Die Meldung, daß der amerikanische Astronom James Robertson vom Washingtoner Marineobservatorium in siebenjährigem Suchen insgesamt 15 Monde des Planeten Jupiter festgestellt hat, klingt dem Laien überraschender als dem Astronom. Seit sich im letzten Menschenalter die Zahl der bekannten Jupitermonde mehr als verdoppelt hat, war es den Astronomen nicht mehr zweifelhaft, daß die Zahl der Begleiter unseres größten Planeten aller Wahrscheinlichkeit nach damit bei weitem noch nicht abgesehen sei, und daß nur die Schwierigkeit der Wahrnehmung dieser winzigen Himmelskörper diese bisher unserer Kenntnis entzogen habe. Wenn jetzt gleich ein halbes Duzend neuer Jupitermonde in Erscheinung tritt, so kann man sicher sein, daß auch mit ihnen die Zahl der Trabanten unseres großen Brudergalaxie noch nicht erschöpft ist und noch weitere Jupitermonde entdeckt werden.

Von den Begleitern Jupiters sind die vier großen seit länger als drei Jahrhunderten bekannt. Sie gehörten, wie die Saturnringe, zu den ersten Offenbarungen, die sich dem menschlichen Wissensdrang nach der Erkundung des Fernrohrs am Himmel entblühten, und Galilei selbst war es beschienen, bei einem seiner ersten Blick durch das von ihm erfundene kleine Fernrohr den Planeten Jupiter von vier Begleitern umgeben zu sehen, die um ihren Zentralkörper Kreise beschreiben.

Zur Beobachtung der vier großen Jupitermonde genügt jedes kleinste Fernrohr, ja schon ein gutes Opernglas. Man würde sie bei günstiger Stellung sogar mit bloßem Auge sehen können, wenn sie nicht durch die Helligkeit Jupiters überstrahlt würden. Diese vier

Monde sind keine kleinen Körper. Der erste und der zweite Jupitermond haben ungefähr die Größe des Erdmondes, wogegen der dritte und vierte sogar den Planeten Merkur an Größe übertrifft.

Mit diesen vier Monden hielt man die Satellitenwelt Jupiters Jahrhunderte hindurch für bekannt, als im Jahre 1892 Professor Barnard mit dem großen Refraktor der Bid-Sternwarte in Rosslyn einen fünften Jupitermond entdeckte, der dem Planeten viel näher steht als die vier großen Begleiter. Dieser fünfte Jupitermond vollendet einen Umlauf in etwas weniger als zwölf Stunden. Der fünfte Trabant ist ein winziger Körper und gehört infolge seines geringen Abstandes vom Planeten zu den schwierigsten Objekten der Beobachtung. Nur in wenigen der stärksten Fernrohre ist er bisher gesehen worden. Zwölf Jahre später wurde von Ferrine, gleichfalls auf der Bid-Sternwarte, ein sechster und siebenster Trabant entdeckt; im Januar 1908 fand Melotte in Greenwich einen achten und im Jahre 1914 S. B. Nicholson, wiederum auf der Bid-Sternwarte, den neunten Jupitermond. Sie alle wurden auf photographischem Wege aufgefunden, sind auch mit Ausnahme des sechsten Mondes, der mit großen Instrumenten schon gesehen worden ist, für visuelle Beobachtung zu klein. Die vier zuletzt entdeckten Jupitermonde sind sämtlich viel weiter von ihrem Planeten entfernt, als die ersten fünf und haben infolgedessen wesentlich längere Umlaufzeiten. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürften auch die jetzt von Robertson entdeckten sechs neuen Jupitermonde sehr weit von ihrem Zentralkörper entfernt sein und lange Umlaufzeiten haben. Es ist sehr fraglich, ob diese winzigen Satelliten seit jeher zum System des Jupiter gehört haben. Verschiedene Umstände, so die starke Neigung und Exzentrizität ihrer Bahnen, deuten darauf hin, daß Jupiter infolge seiner gewaltigen Masse diese kleinen Körper erst später an sich gezogen und in die Rolle der Trabanten gezwungen hat. M. L.

Ein russisches Verbot. Die russische Regierung hat das öffentliche Preisgeben verboten und überhaupt gegen die Berufsboxer einen grimmigen Kampf eröffnet. Die führenden Sowjetmänner wollen von dieser „erniedrigenden Art des Sports“ nichts wissen und behaupten, daß die russische Jugend dadurch roh und brutal werde. Die Sportklubs oder wollen sich das Boreen nicht nehmen lassen und erklären, daß der Boxkampf das beste Mittel sei, um junge Männer für die Verteidigung und für den Angriff zu schulen und zu tüchtigen Soldaten zu machen. Nach einem heftigen Kampf in den Kämpfen der Moskauer hat für die Verteidigungsübungen einen Mittelweg eingeschlagen. Öffentliche Boxkämpfe für Geld sind vollkommen verboten, aber in den Klubs darf geboxt werden, jedoch sind nur Kämpfe von 2 Runden von je 2 Minuten gestattet und die Boxer dürfen keine Bezahungen annehmen.

Das Udo-Galilei wird heute Abend 1/8 Uhr wieder aufgenommen. Irma Hagns von der Mailänder Scala ist als „Udo“ gewonnen. Die folgenden Vorstellungen sind Sonnabend, Sonntag, Dienstag.

Die Nachfolge Hens. Der amerikanische Antemologe E. A. Campbell veröffentlicht einen Bericht, nach dem es ihm gelungen sein soll, durch langjährige Fälschung eine Biene zu erhalten, die keinen Honig behält. Diese nachfolgende Biene gibt ebenso guten und reichlichen Honig wie die mit einem Schlag bewehrte.

sonders sachkundigen Personen herrühren. Eins davon sei hier im Wortlaut wiedergegeben:

Fürst v. Bismarck'sches Friedrichstuh, den 12. April 1924.  
Privat-Sekretariat. Bez. Hamburg.  
Telephon: Kumbühl 30

Sehr geehrter Herr . . .  
Für die freundliche Uebersendung Ihres Buches „Deutschlands Zukunft, Deutschlands Erwachen“ danke ich Ihnen verbindlich. Auf meiner Wochentour ist mir daselbst außerordentlich zugute gekommen, und sehe ich gerade in dieser sachlichen Auseinandersetzung mit dem Marxismus die beste Art seiner Bekämpfung. Möge er sein Teil an der so dringend notwendigen Niederringung des Teufels beitragen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
gez. Fürst Bismarck.

Der Epigone des ehemaligen Sozialistenführers ist also schon so weit politisch vorgebildet, daß er seine Kenntnis über den Marxismus und Sozialismus aus dem kläglichen Erzeugnis eines Arno Franke beziehen muß. Das ist schon ironisch genug. Aber das Ironischste ist doch, daß man aus dem Schreiben konstatieren muß, wie böse die deutsche Sprache in der Familie Bismarck auf den Hund gekommen ist!

Bismarck jr. befindet sich allerdings in guter Gesellschaft; denn unter den Empfehlungsschreibern, die die Hausierer vorzeigen müssen, befinden sich auch solche von Reinhold Wulle und von der Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen, wozu letztere Herrn Franke attestiert auf ihn treffe das Wort zu: „Weh dem, der zu der Wahrheit geht durch Schuld, sie wird ihm nimmermehr erfreulich sein.“

Aber auch ein Karl Prinz zu Löwenstein läßt sich herab, den Verfasser zu beglückwünschen „dazu, nicht nur den Mut gefunden zu haben, den Finger auf die Wunde gelegt zu haben“. Womit der Löwenstein augenscheinlich das Bismarck-Deutsch noch überbismarckianer will. Der Vollständigkeit halber sei angefügt, daß der Direktor einer Berliner Lagerschiffbau-Fabrik dem Verlag 1000 M. stiftet, damit er den „Zerfall der Sozialdemokratie“ weiter betreibe. Diese Tatkunde charakterisiert besser als viele Worte den Wert der Schrift, den ein Renegat mit Renegatenliebe den Kapitalisten von allem und neuem Adel zu Füßen legt.

## Der Verwaltungsrat der Reichsbahn.

### Keine Vertretung des Personals?

Das Reichskabinett beschäftigte sich bereits vor wenigen Tagen u. a. mit der Ernennung der Vertreter für den Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft. Eine endgültige Entscheidung wurde nicht getroffen. Es scheint jedoch jetzt schon, als ob das Personal der Reichsbahn im Verwaltungsrat nicht vertreten sein wird, nachdem die Spitzengewerkschaften der Eisenbahner sich bisher nicht auf einen gemeinsamen Vertreter des Personals im Verwaltungsrat haben einigen können.

Wie der „Soz. Parlaments-Dienst“ hierzu erzählt, hat der Deutsche Eisenbahnerverband zunächst versucht, zwei Personalvertreter in den Verwaltungsrat hineinzusetzen, einen für die Lohn- und einen für die Gehaltsempfänger. Dieser Versuch hatte jedoch von vornherein nur wenig Aussicht auf Erfolg. Als es sich dann nur um die Wahl eines einzigen Vertreters handelte, schlug der Deutsche Eisenbahnerverband den Genossen Wiffell vor. Für den Fall der Ablehnung Wiffells waren als Vertreterkandidaten der Vorsitzende des Hauptbetriebsrats Hatge und der Lokomotivführer Hermann aus Nürnberg vorgezogen. Allein die kleineren Organisationen brachten es nicht über sich, die Selbstverständlichkeit anzuerkennen, daß die größte Organisation der Eisenbahner hauptsächlich Anspruch darauf hat, den Vertreter zu stellen.

Nach ist die letzte Entscheidung über die Vertretung des Personals im Verwaltungsrat nicht gefallen. Hoffentlich bestimmen sich die kleineren Organisationen der Eisenbahner eines Besseren und verhindern den einfach skandalösen Zustand, daß das Personal im Verwaltungsrat überhaupt nicht vertreten ist.

## Absage an die Deutschnationalen.

### Das rheinische Zentrum zur Lage.

Akt. 15. September. (Rth.) Der Provinzialausschuß der rheinischen Zentrumspartei, der gestern nachmittag im Weißen Saal der Bürgerschaft tagte, nahm nach Referaten der Reichstagsabgeordneten Dr. Scheiter und Esser zur politischen Lage drei Entschlüsse an. In der ersten wird zunächst dem Reichstanzler tiefster Dank und rückhaltloses Vertrauen ausgesprochen. Weiter heißt es: „Bei den Verhandlungen über die Regierungsumbildung darf keine Gefährdung der außenpolitischen Lage eintreten und keine partei- oder klassenegoistische Forderung maßgebend sein. Auch die Korruption des Kriegsschuldprotestes und die Entscheidung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund könne nur von dem Willen für die gesamte politische Lage und nicht von den Wünschen einzelner Gruppen abhängig gemacht werden. Wir bitten die Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages, der wir für die schweren Arbeiten der letzten Wochen unseren Dank aussprechen, auch weiterhin den Reichstanzler Marx in seiner Politik zu unterstützen und demgemäß ihre Entscheidung zu treffen.“ Mit der Lage der politischen Befangenheit und der Ausgewiesenen befaßt sich eine zweite Entscheidung, die die deutsche Regierung dringend bittet, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß dem Rheinland durch Aufhebung aller entgegenstehenden Maßnahmen das gegeben wird, worauf es nach Inhalt, Zweck und Sinn des Londoner Abkommens ohne jeden Zweifel einen vollständigen Anspruch hat. Schließlich bittet der Provinzialausschuß des rheinischen Zentrums in einer dritten Entscheidung die Reichsregierung und die Abgeordneten der Zentrumspartei, alles zu tun, um den rheinischen Weinau vor dem Untergang zu bewahren, der ihm angesichts des spanischen Handelsvertrages droht.

## Denkmalweihe für Ludwig Frank.

Mannheim, 18. September. (Rth.) Aus Anlaß der Einweihung eines Denkmals für den gefallenen Republikaner Dr. Ludwig Frank, die am Sonntag, den 28. September, 11 Uhr vormittags, stattfindet, wird hier am 27. und 28. ein republikanischer Tag für Südwestdeutschland abgehalten. An der Denkmalweihe werden Vertreter des Reichs, der Länder und der Parlamente teilnehmen.

Friedenskundgebungen in der Tschchoslowakei. Sonntag, den 21. September, werden, wie aus Prag gemeldet wird, auf Grund der Aufforderung der Amsterdamer Internationals in allen großen Städten der Tschchoslowakei Friedensdemonstrationen veranstaltet werden.

Ein bulgarischer Kommunistenführer erschossen. Auf den kommunistischen Abgeordneten Dimoff wurde ein Revolverattentat verübt. Dimoff war sofort tot. Der Mörder gehört einer Faschistenorganisation an.

## Der Winter.

Nur wenige Wochen noch und der Winter steht vor der Tür. Die armen und in bedrückten Verhältnissen lebenden Menschen leiden wieder die bange Frage zur Entscheidung: wie wird der Weg durch den Winter werden und wie werde ich ihn überwinden? Man denkt in diesem Zusammenhang unwillkürlich an die vielen falschen Prophezeien, die immer auf der rechten Seite des Hauses gestanden, die uns vor Jahren schon gesagt haben: Nur dieser eine Winter noch, der böse sein wird, und wir haben es überstanden. Nun, die Herrschaften rechts haben ja kräftig dafür gesorgt, daß immer wieder ein Winter kam, der immer noch schlimmer und noch unerträglicher war als der vorhergehende.

Kein Wunder, daß auch jetzt wieder viele voller Sorgen sezen: wozu werden wir leben wie wird es mit den Nahrungsmitteln beschaffen sein, mit der Zufuhr und deren Preis, wie werden wir uns warme Kleidung beschaffen. Aber wir haben ja „Gott sei Dank“, die Erfahrung hinter uns, eine Erfahrung, die man getroffen nennen kann: schlimmer kann es nicht kommen. Dieses Wort und seine Wahrheit kommt namentlich zu Ehren, wenn man an den verstorbenen Winter denkt, dem so viele Menschen zum Opfer gefallen sind. Schlimmer, unfehlbarer kann es wirklich nicht werden. Daher sollten heute die Menschen nicht gar zu verzagt sein und sich nicht bange machen lassen. Für uns handelt es sich in erster Linie um Brot, Kartoffeln und Kohle. Die Beschaffung dieser notwendigsten Dinge bereite ich im verstorbenen Winter nicht nur die allergrößten Schwierigkeiten, sondern auch die allergrößten und für viele unerschwingliche Kosten. In diesem Winter wird sich das alles leichter und müheloser regeln lassen. Ein Mangel an diesen Dingen herrscht nicht, und dafür, daß uns Kaufleute, Großindustrielle und vor allem die lieben Landleute nicht das Fell über die Ohren ziehen, dafür muß die Behörde rechtzeitig auf dem Posten sein. Freilich, unter dem Abbau haben ja auch die Behörden leiden müssen, die zur Bekämpfung des Wunders eingesetzt sind, und manche von ihnen, wie zum Beispiel das Landespolizeiamt, sind leider ganz verschwunden. Um so mehr muß es Pflicht eines jeden einzelnen Käufers sein, Unregelmäßigkeiten und Ueberverteilungen rücksichtslos zur Anzeige zu bringen. Nur so kann dem Wucher, der, wie wir alle wissen, noch immer blüht, wirksam entgegengetreten werden. Nur so kann dem geradezu lebensgefährlichen Unfug der Geldproben begegnet werden, deren Parole lautet: Wir kaufen, ganz gleichgültig, wieviel es kostet!

Schließlich wird vor dem Weg in den Winter noch ein Wort gesagt werden müssen, das aber gewiß wieder in den Wind gesprochen sein wird, da es sich an die Leute mit unergründlicher Briefstache wendet. Dieses Wort, diese eindringliche Mahnung lautet: Hamstert nicht! Kauf nicht Lebensmittel en masse. Dieses Hamstern ist, wenn alle Lebensmittel reichlich vorhanden sind, sinnlos und verteuert nur dem Armen, der gezwungen ist, von der Hand in den Mund zu leben, die notwendigen Lebensmittel.

## Erhöhung der Oktobermiete.

### Von 62 auf 66 Proz. der Friedensmiete.

Nach Artikel 2 der Zweiten Steuernotverordnung vom Juni d. J. erhöht sich die Hauszinssteuer ab 1. Oktober von 500 auf 600 Proz. der Grundvermögenssteuer. Infolgedessen hat der Minister für Volkswohlfahrt die Miete für Oktober auf 66 Proz. der reinen Friedensmiete festgesetzt. Mieter, welche die Schönheitsreparaturen ausdrücklich oder stillschweigend selbst übernehmen haben, zahlen demnach 62 Proz. der reinen Friedensmiete.

## Ein Straßennädchen als Messerstecherin.

Einen bösen Ausgang nahm gestern Abend eine Autofahrt, die ein 45 Jahre alter Wärmer L. aus der Wallstraße in Charlottenburg mit einem Straßennädchen, der 28 Jahre alten Elise G. aus der Dragonerstraße, unternommen hatte. Die beiden fuhren mit einer Kraftdroschke die Heerstraße hinunter und L. wollte noch ein Café besuchen. Das Mädchen wollte aber nicht hineingehen. Hinter dem sogenannten Frühstücksplatz machte das Auto dann Halt, und beide gingen in den Wald. Nach einiger Zeit kamen sie, wie der Chauffeur des Autos ausfragt, laut streitend zurück. L. hatte von dem Mädchen 2 Mark zurückgefordert, die er ihr vorher geschenkt hatte. Sie weigerte sich, das Geld zurückzugeben, und darob geriet er in solche Wut, daß er auf das Mädchen einschlug. Sie belegte ihn dafür mit unflätigen Schimpfworten, die seine Wut steigerten. Wie nun die Zeugen ausfragten, zog das Mädchen plötzlich ein Messer und verfehle L. einen Stich in die linke Brustseite. Er schlug noch mehrmals auf sie ein und brach dann tot zusammen. Der Chauffeur alarmierte das Ueberfallkommando, das den Toten forschte. Das Mädchen war die Heerstraße hinuntergegangen, und auf der Rückfahrt sah sie der Chauffeur und veranlaßte ihre Festnahme. In derselben Nacht noch wurden auf dem 123. Postbezirk Zeugen des Vorfalles vernommen. Die G. wurde in das Polizeipräsidium eingeliefert. Die Leiche L. ist in das Schauhaus Charlottenburg gebracht.

## Eine zerbröckelnde Brücke.

Die Deputation des Bezirksamts Mitte hat vor einigen Tagen die im Bezirk gelegenen Brücken einer Besichtigung unterzogen und sich auch eingehend mit der Altenbrücke beschäftigt, die seit einiger Zeit polizeilich gesperrt ist. Die Brücke befindet sich nunmehr völlig im Zustand einer Ruine. Die Bürgersteige sind auf beiden Seiten angerissen. Die steinernen Gebäude sind so wackig, daß sie beim geringsten Anstoß umgestürzt werden können. Nur für den Fußgängerverkehr, der über den Fahrdamm geht, ist die Brücke noch geöffnet. Es sind zwar dem Bezirksamt Berlin-Mitte bereits 800 000 M. für den Neubau zur Verfügung gestellt worden, doch ist das Brückenamt des Zentralmilitärtrains bis heute sich noch nicht über die Ausführung der neuen Brücke einig geworden. Für die Schiffahrt bildet die Altenbrücke ein ganz außerordentlich schweres Hindernis. Wer sich dort nur kurze Zeit aufhält, wird bemerken, mit welchen ungewöhnlichen Schwierigkeiten die Schiffer zu kämpfen haben, um ihre Köhne in den Hafen hinein- oder aus dem Hafen herauszubringen. Der Neubau einer Brücke mit weiten Durchfahrten ist also wohl unbestreitbar an keiner Stelle Berlins ein so dringendes Bedürfnis wie gerade hier. Es besteht auch unter den Sachverständigen hierüber wohl nicht die allgeringste Meinungsverschiedenheit. Wenn der Wille der alten Brücke und der Neubau bisher nicht begonnen worden sind, so liegt die Ursache offenbar in den Unstimmigkeiten der beteiligten Berliner Behörden. Es wird aber nicht gut angehen, daß eine so wichtige Verkehrsangelegenheit durch Instanzenkonflikte „erledigt“ wird.

## Straßenufälle und Alkoholmißbrauch.

In der letzten Zeit haben die Straßenufälle in erschreckendem Maße zugenommen. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die Zeitungen von lebensgefährlichen Verletzungen oder Tötungen der Straßenpassanten oder Benutzer von Verkehrsmitteln berichten. Ein nicht kleiner Prozentsatz der Verfälle ist durch die mehr oder weniger betrunkene Kraftwagenführer verursacht. Sicherlich ist die Zahl der durch den Alkohol überhaupt verursachten Unfälle eine weitestgehend größere, denn die wissenschaftlichen Untersuchungen der letzten Jahrzehnte haben ergeben, daß der Alkohol schon in Mengen, die keinen Rauschzustand hervorzurufen, die Urteilsfähigkeit schwächt, die Reaktionsgeschwindigkeit und Besonnenheit lähmt, dagegen

den Wagemut und die Unternehmungslust erhöht. Unter Hinweis auf diese Umstände hält der Deutsche Arbeiter-Abstinenzanten-Bund in einem Schreiben an das Berliner Polizeipräsidium es für dringend notwendig, daß den Kraftwagenführern und auch den Benutzern von Motorrädern der Alkoholgenuß während des Dienstes und kurz vor Eintritt des Dienstes verboten wird und Zuwiderhandelnden die Fahrberechtigungen entzogen wird. Wir sind, so schreibt der D.A.B., überzeugt, daß durch diese Maßnahmen die durch den Alkoholgenuß hervorgerufenen Unfälle verringert werden würden. Wir bitten darum im Interesse der Bevölkerung, unserer Anregung recht bald Folge zu geben.

## Das Abbaufieber.

### Nur noch fünfzigprozentiger Abbau in Charlottenburg.

Die vereinigten bürgerliche Fraktion in Charlottenburg hat in bezug auf die Zahl der abzubauenen Bezirksamtsmitglieder ihre Haltung ganz plötzlich geändert. Im gestrigen tagenden Ausschuß erklärten ihre Vertreter, daß sie noch reichlicher Ueberlegung und streng sachlicher Prüfung dem Beschluß des Berliner Magistrats, zwei Mitglieder des Bezirksamts abzubauen, nicht beizutreten könnten. Sie wollten der Bezirksversammlung vorschlagen, nur eine Person abzubauen. Ihr Grundlag sei, unter keinen Umständen Sachverständige zu beteiligen. Es könne deshalb der Leiter des Charlottenburger Arbeitsamts, unser Genosse Stadtrat Korrer, für den Abbau in Betracht kommen. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion wandten sich sofort gegen diese Auffassung. An die Spitze des Arbeitsamts gehört ein Mann mit umfassenden sozialpolitischen Kenntnissen und feinem Verständnis für die Bedürfnisse der arbeitenden Schichten. Diese Eigenschaften besitzt Korrer in hohem Maße. Er muß deshalb unbedingt im Amt bleiben. Außerdem ist nach den Ausführungsbestimmungen der P.M. die wirtschaftliche Stärke der Abzubauenen in Betracht zu ziehen. Danach würde Stadtbaurat Winterstein durch den Abbau am wenigsten getroffen. Der Stadtbaurat ist 60 Jahre alt und würde jährlich ein Vorsteigeld von 9128,70 Goldmark beziehen. Das ist sicher groß genug, um ihn vor Not zu schützen. Außerdem ist das Bauwesen derjenige Zweig der Verwaltung, der sich am besten und zweckmäßigsten zentral regeln läßt. Eine endgültige Entscheidung wurde nicht herbeigeführt, weil die Vertreter der Fraktion der Mitte einen Vertagungsantrag stellten, der einstimmig angenommen wurde.

## Bürgerliche Unverschämtheit in Neukölln.

Die gestrige Neuköllner Bezirksversammlung beschäftigte sich in stundenlangem nichtöffentlicher Sitzung mit dem Abbau von drei Magistratsmitgliedern. Die bürgerliche Vereinigung schlug natürlich drei Sozialisten, und zwar die Genossen Dr. Löwenstein, Schneider und Waldheim vor. Die neue Fraktion, also Demokraten und Zentrum, wollten „nur“ zwei Sozialisten und einen Kommunisten abbauen, nämlich Waldheim, Schneider und Lucke. Sozialdemokraten und Kommunisten wollten die Stadträte Brumbg, Müller und Trefferl abbauen. In der Begründung waren sich sämtliche Bürgerlichen einig, daß nur Sozialisten abgebaut werden können, und zwar seien die Herren parteipolitisch eingestellt. Die sachliche Eignung wurde gar nicht erst erörtert. Die Herrschaften operierten mit Ignominie und unter dem Motto: „heiliger Florian, verschon mein Haus, jänd' andre an.“ Besonders der satyam bekannte, selbst abgebaute Studienrat, der Stadtorberrordnete Dr. Bierbach, erging sich in allen möglichen Ausfällen gegen unsere Genossen. Wie schon so oft, erlebte er auch diesmal wieder einen Reinsoll. Er hatte nämlich behauptet, Genosse Schneider hätte in einer Programmierklärung zu „Nathan der Weise“ die bürgerliche und sozialistische Weltanschauung gegenübergestellt. Genosse Schneider war damals noch nicht Stadtrat und auch die Erläuterung war nicht von ihm. Wehmütig mußte er diesen Vorwurf zurücknehmen. Aber jetzt kommt es! Genosse Schneider hat in der „Kunstgemeinde“ einige Gedichte von Heuer veröffentlicht, die „antimonarchisch“ sind. Republikaner, hört! Wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Arbeiterbezirk Neukölln allein die Hälfte der Sitze in der Bezirksversammlung mit Sozialdemokraten besetzt sind und dann diesen Vorstoß des Bürgerlums gegen links erleben muß, kann man nur von grober Unverschämtheit sprechen. Würde das Stimmverhältnis umgekehrt, dann müßten wir den Sturm der Entrüstung sehen, wenn wir uns gleiches anmaßen würden. Nur politische Gründe waren den Herren maßgebend, was sie auch ganz offen aussprachen. Wir sind ihnen dankbar dafür. Die Bezirksversammlung beschloß, teils durch namentliche Abstimmung, teils durch Akklamation, mit 39 sozialistischen und kommunistischen gegen 19 bürgerliche Stimmen folgende Stadträte zum Abbau vorzuschlagen: Brumbg, Müller und Trefferl.

Unfall im Zirkus Busch. Während der Generalprobe zu der Pantomime „Carmen“ stürzte Mittwochabend im Zirkus Busch eine 60-kilogramm schwere Plattform auf eine darunter befindliche sechs Meter tiefer liegende Plattform. Der Wagen begrub drei Personen unter sich, die beträchtliche Verletzungen erlitten.

Im Map am Lehrter Bahnhof findet am Sonnabend, den 20. September ein Kinderfest statt, unter Leitung von „Onkel Pelle“. Es werden geboten Kinderbelustigungen aller Art, japanisches Feuerwerk und auf der Freilichtbühne ohne Nachzahlung eine Aufführung von „Hänsel und Gretel mit der Amselhexe“. Anfang 8 Uhr.

## Erdbebenkatastrophe in Erzerum.

Nach Blättermeldungen aus Konstantinopel wurden in den letzten Tagen im Bezirk von Erzerum wiederholt Erdstöße verspürt, die noch immer andauern. Den letzten Nachrichten zufolge haben 114 Personen das Beben eingeblüht, 22 Dörfer sind zerstört.

Schweres Grabenunglück am Niederrhein. Vorgefunden oben verunglückten auf dem Schacht Borst II der Deutschen Solche-Werke A.-G. durch Herabfallen einer Betonmauer in einer Tiefe von 640 Metern fünf Mann tödlich. Ein Mann wurde außerdem schwer und ein anderer leicht verletzt. Die Toten und Verletzten konnten inzwischen geborgen werden. Eine amtliche Untersuchung ist eingeleitet.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfachungen für diese Rubrik sind Berlin S. 68, Lindenstraße 1. Bitte an das Sekretariat, 2. Hof, 3. Trepp. rechts, zu richten.

1. Kreis Wedding. Kreislagerversammlung der Arbeitervereine! Freitag, den 19. September, 8 Uhr, Kesselhaus, Pankow Str. 2.
2. K.A. Freitag, den 19. September, abends 7 1/2 Uhr, Funktionärsversammlung bei Friedrich, Schöneberg Str. 11.
3. K.A. Konjunkturalversammlung der 26. Vertriebsstelle Karlsruherstraße, heute Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, Besammlung Karlsruherstr. 104, Restaurant „Grotte“, Konsumverkaufsstelle legitimiert.
4. K.A. Freitag, den 19. September, 7 Uhr Funktionärsversammlung bei Schrapel, Grünhalden Str. 11.
5. K.A. Die Bezirksleiter müssen sofort das Werbematerial vom Gen. Trocmé abholen.
6. K.A. Marienborf. Freitag, den 19. September, 7 1/2 Uhr Funktionärsversammlung bei Rindorf, Chausseestr. 19.

## Zugendveranstaltungen.

Zugendgruppen, Gruppe Friedrichshagen. Heute Donnerstag, 8 Uhr, Jugabend im Zirkus Str. 64, Vortrag des Genossen Dr. Friedrichs: „Meine Lebensgeschichte“.

## Wetter für morgen.

Wetter für Berlin und Umgegend. Etwas kühler, zeitweise heiter, frische westliche Winde.  
Für Deutschland. Im ganzen Reich abnehmende Bewölkung mit leichter Abkühlung.

# Gewerkschaftsbewegung

## Um die Reichsdruckerei.

In unserer Abendausgabe vom 13. September veröffentlichten wir einen Bericht einer Betriebsversammlung der graphischen Hilfsarbeiter der Reichsdruckerei, in der gegen die teilweise Stilllegung der Reichsdruckerei Stellung genommen wurde. Es wird uns nun eine Denkschrift übermittelt, die die vier graphischen Verbände, der Vorstand des ADB und der Parteivorstand der SPD. vor mehreren Monaten dem Reichsfinanzministerium in derselben Angelegenheit übermittelt haben. Bis heute ist auf diese Denkschrift weder eine Antwort erfolgt, noch ist eine Besserung der Verhältnisse eingetreten. Es ist deshalb notwendig, die kritisierten Zustände der Defizienten zu unterbreiten. In der Denkschrift wird zunächst der Befürchtung der Arbeiterschaft Ausdruck gegeben, die Reichsdruckerei in einen Privatbetrieb umzuwandeln zu sehen. Es heißt dann weiter:

„Die Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, diese außerordentlich umfangreichen und wertvollen Betriebsmittel dem Staate zu erhalten. Sie wünscht die Erhaltung dieser großen Arbeitsstätte für die graphische Arbeiterschaft in der Hoffnung, aus der Reichsdruckerei einen technischen und wirtschaftlichen Musterbetrieb zu machen. Die Reichsdruckerei ist ein moderner Großbetrieb mit größter Leistungsfähigkeit. Heute liegt ein großer Teil dieses Betriebes still.“

Es wird dann der Rückgang der Beschäftigung an dem Rückgang des Papierverbrauchs nachgewiesen und weiter die Tatsache erwähnt, daß von den großen Arbeiten, die die Reichsdruckerei verrichten, nur ein geringer Teil der Reichsdruckerei zuzuführen. Die Aufträge werden entweder in eigenen, erst in allerletzter Zeit entstandenen Betrieben ausgeführt oder den Privatdruckereien überlassen. Es heißt dann weiter:

„Obwohl in der Reichsdruckerei Hunderte von Maschinen stillstehen, werden in den Reichsdruckereien umfangreiche Druckereien neu eingerichtet und neue Maschinen bestellt. Das scheint uns eine Verschwendung von Staatsgeldern zu sein. Gleichzeitig wird dadurch der Staatsbetrieb geschädigt, weil durch den mangelhaften Auftragsbestand die Wirtschaftlichkeit leidet. Trotzdem die Reichsdruckerei, wie uns versichert wurde, nach streng sachlichen und wirtschaftlichen Grundsätzen kalkuliert, kommt nur ein geringer Teil der behördlichen Aufträge in die Reichsdruckerei. Die meisten Aufträge der Reichsdruckerei nachweislich günstiger als in der Privatindustrie, und trotzdem wird der Zuschlag zur Ausführung der Arbeit nicht erteilt.“

Es wird dann darauf hingewiesen, daß von den 44 Postdirektionen nur 6 ihre Drucksachen in der Reichsdruckerei bestellen. Auch die vielen großen Aufträge der Reichsdruckerei werden heute in der Privatindustrie hergestellt. Die Steuerzahler hätten ein Interesse daran, daß die riesigen Kapitalien, die in der Reichsdruckerei stecken, auch ausgenutzt werden. Dieser Hinweis erscheint uns um so notwendiger, als, wie schon angeführt, eine Reihe von Aemtern überflüssigerweise große Druckereien eingerichtet haben. Es erscheint deshalb durchaus wünschenswert, daß im Sinne der Eingabe verfahren wird.

## Einigung in der Fleischwarenindustrie.

In den am Mittwoch wieder ausgenommenen Verhandlungen im Lohnkonflikt in der Fleischwarenindustrie kam es zu einer Einigung zwischen den Parteien. Es wurde eine Erhöhung der Löhne um 6 Proz. erreicht. Die Wochen- resp. Stundentätigkeit der Hauptgruppen betragen demnach: Für Kolonnenführer 38,70 M., Treiber 33 M., Gesellen über 20 Jahre in Großschlachtereien 36,70 M., Gesellen mit Verantwortung in Dorf- und Schlachtereien 35,70 M., ohne Verantwortung 34,70 M., Handwerker 34,70 M., Arbeiter aller Art 31,70 M., Frauen 31,70 M., Arbeiter in Häuteverwertungsbetrieben 36,70 M., qualifizierte Arbeiter in Darmbetrieben 36,70 M.

Eine Versammlung der in der Industrie Beschäftigten nahm gestern abend nach einem Bericht Weils vom Zentralverband der Fleischer das Lohnabkommen gegen eine starke Minderheit an. Es gilt ab 16. August bis auf weiteres.

## Verbesserung der Mater und Lackierer.

Eine gutbesetzte Versammlung der Mater der Bauindustrie nahm einen Vortrag des Bevollmächtigten Schlimann „Neue Belastungen und welche Forderungen haben wir zu stellen“ entgegen. Der Referent legte dar, daß im vergangenen Jahre die Arbeitgeber glänzende Geschäfte gemacht hätten. Auf der einen Seite Konjunkturgewinne der Arbeitgeber, auf der anderen Seite schlechte Entlohnung der Berufscollegen. Der Materberuf ist ein Saisonberuf. Die Mehrzahl der Arbeiter ist monatelang arbeitslos und Unbilden der Witterung führe zu Heiratschancen. Die Lohnbemessung müsse diesen Verhältnissen Rechnung tragen. Die Ortsverwaltung habe zur Lohnhöhung die Initiative ergriffen, allein durch die Zersplitterung der Reihen der Kollegenschaft konnte leider die günstige Konjunktur nicht voll ausgenutzt werden. Gegen wilde Aktionen, deren Scheitern von vornherein feststehe, habe man sich entschieden zu wehren. In dieser Auffassung stehen die gewerkschaftlich organisierten geschlossen hinter dem Verband.

Die Arbeitgeber hätten auf ihrem Verbandstag in Hannover Scharfmachergehalte gezeigt. Ein Arbeitgeber, der es dort wagte, für höhere Löhne zu plädieren, sei ständig durch wütende Zurufe unterbrochen worden. Nach Hannover hätten die Arbeitgeber in verschiedenen Bezirken Lohnabbau beantragt. Durch das energische Vorgehen der Verhandlungskommission seien die Wünsche der Arbeiter vereitelt worden. Nur durch Ausbau der Organisation könnten diese Nachgehalte bekämpft werden. Nicht ankommen an den Bauarbeiterlohn; die Eigenart und Konjunkturverhältnisse des Berufes bedingen wesentliche Lohnhöhen.

Der jetzt auftretende Selbständigkeitskampf sei zu verwerten, weil Kapitalknappheit und überlange Arbeitszeit zur Schmutzkonkurrenz führen. Verwendung minderwertiger Materialien und nicht sachgemäße Ausführung seien die Folgen dieser gegenseitigen Unterbietung. Die Beiträgenenden hierbei seien die Auftraggeber, die statt reeller Arbeit Schlußerarbeit geliefert erhalten. Auch hier sei einmütige Abwehr geboten.

Die Inflationsnachwehen sind innerhalb des Verbandes behoben. Alle Kräfte gilt es einzustellen auf die Vorbereitung für den Verband. Die drohenden Steuerlasten, die Erhöhung der Mieten, die Steigerung der Lebenshaltungskosten können nicht mehr von uns getragen werden. Nicht Zwitterorganisationen, sondern der Zentralverband ist das Sammelbecken der aktiven Arbeiterklasse. Kampfesfreud nehmen wir den Hochschulden der Arbeitgeber auf und glauben, gestützt auf die Mitarbeit familiärer Kollegen, den endgültigen Sieg davontragen zu können.“

Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten. Eine in diesen Gedankengängen gehaltene Resolution fand einmütige Annahme. Damit ist die Gewähr gegeben, daß auf allen Arbeitsstellen eine rege Mitarbeit für die Organisation einsetzt wird.

## „Revolutionäre Betriebsräte“.

Zu der in Nr. 435 des „Vorwärts“ unter dieser Ueberschrift veröffentlichten Zuschrift erhalten wir von der Betriebsleitung des Werkes Hasehorst der Deutschen Werke folgende Entgegnung:

1. Im Falle Probst muß gesagt werden, daß es nicht die Belegschaft, sondern die Direktion war, die die genannten Unregelmäßigkeiten aufgedeckt und aufs schärfste verfolgt hat.

2. Der Sohn des Betriebsratsmitgliedes Semrau ist nicht deswegen von der Entlassung verschont geblieben, weil sein Vater sich für ihn eingesetzt hat, sondern weil er eine tüchtige Arbeitskraft ist und sein Vorgesetzter ihn im Interesse des Betriebes nicht verlieren wollte. Daß ein anderer Arbeiter ihm Platz machen mußte, entspricht nicht den Todsünden.

3. Was die Anstaltsartengröße des Betriebsratsvorsitzenden Brenzlau anbelangt, so kann nur gesagt werden, daß die Direktion sich nicht minder über Größe von Betriebsratsmitgliedern anderer politischer Parteirichtungen freuen würde.“

Wir wollen der Direktion keineswegs die Freude an Anstaltsartengrößen verageln. Worum es sich in der Zuschrift im „Vorwärts“ handelte, war, wieder einmal an einem Beispiel zu zeigen, daß den Belegschaften mit der Wahl vorkandidaler „revolutionärer“ Betriebsräte nicht gedient ist. Durch die Einigung der Betriebsleitung ist das Beispiel aus Hasehorst in der Hauptsache als zutreffend erwiesen.

Nicht darum handelt es sich, ein verständiges Zusammenarbeiten zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat zu demängeln, sondern um die Feststellung der Tatsache, daß auch „revolutionäre“ Betriebsräte mit Wasser lachen müssen, im übrigen aber die Arbeiterinteressen meist gefährdigen oder verraten haben.

## Gegen das Zechenlegen.

In der Sitzung der Arbeitskommission des Ruhrbergbaus am Mittwoch wurde folgender Antrag an die Reichsregierung gerichtet: Die Gruppe der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) der Arbeitskommission des Steinkohlenbergbaus im Ruhrgebiet ersucht die Reichsregierung, auf Grund der §§ 2 und 3 des Sozialversicherungsgesetzes vom 23. März 1919 umgehend Vorkehrungen zu treffen, die eine Stilllegung weiterer Ruhrzechen verhindern, und weiter die Zechenbesitzer zu verpflichten, bereits stillgelegte Gruben wieder in Betrieb zu setzen, soweit die Interessen der Belegschaften und der ortsanwässigen Bevölkerung die Wiedereinbetriebnahme solcher Gruben erfordern und soweit solche Bezugswerke nur als vorläufige und nicht als dauernde Verlustbetriebe zu betrachten sind.

Es handelt sich insbesondere um die südlichen Randzechen. Die jüngste Stilllegung wird aus Witten gemeldet: Die Zeche Stralund in Barmholz hat den Betrieb eingestellt. Der Belegschaft konnte angeblich der rückständige Lohn nicht gezahlt werden, da die Mittel der Gewerkschaft erschöpft waren.

## Die Stilllegung der Völklinger Hütte.

Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, hofft der Bürgermeister, von den 7000 durch die Stilllegung der Völklinger Hütte arbeitslos gewordenen Arbeitern einem Teil anderweitige Arbeit zu verschaffen. Die Gemeinde werde Notstandsarbeiten in Angriff nehmen. Durch die Schließung der Völklinger Hütte werden einschließlich der Angehörigen insgesamt 30 000 Personen betroffen.

## Arbeitsverhältnisse in Sowjetdruckereien.

### Brief eines russischen Buchdruckers.

Das „Mittelungsblatt der russischen Sozialdemokratie“ veröffentlicht den Brief eines russischen Buchdruckers, der die unersetzlichen Arbeitsverhältnisse in den Sowjetdruckereien schildert. Der Brief lautet:

„Unter dem Jargonismus waren die russischen Buchdrucker ständig den Repressalien der Gendarmerie ausgesetzt. Jetzt sehen die würdigen Nachfolger der Gendarmen, die Tschekafente, das Werk ihrer Vorgänger fort. Spionage, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Verbannungen, Entlassungen wegen „unzuverlässiger Befinnung“ sind eine alltägliche Erscheinung. Unfähig einen geistigen Kampf zu führen, wenden die Bolschewisten die nackte Gewalt an. Um die Selbständigkeit der 60 000 russischen Buchdrucker zu unterbinden, sind ihre freien gewerkschaftlichen Verbände erschossen und zahlreiche Vorstandsmitglieder und Delegierte in die Gefängnisse, Konzentrationslager und Verbannungsorte geschickt worden.“

Aber die russischen Buchdrucker sind ein hartnäckiges Volk. Um ihren Widerstand zu brechen und sie ihrem Willen gefügig zu machen, mußten die Bolschewisten die Gewalt zu einem System erheben. Die Gewerkschaft, die kritischen Vermählungsstellen und oft sogar die Betriebsausschüsse sind in Filialen der Tscheka verwandelt, während die russischen Kommunisten die Rolle von Tschekaspitzen ausüben. Wer die Sowjetdruckereien besucht und die dort herrschenden Verhältnisse eingehend kennenlernt (nicht bloß wie die Vertreter der kommunistischen Internationale, den Druckereien einen flüchtigen Besuch abstattet), wird sich davon überzeugen können, wie ein schrecklicher Polizeigewalt in den Betrieben herrscht, und wie überall in den Gängen und Werkstätten die Kommunisten herumspazieren. Wir ist kürzlich im Betriebsausschuß zufällig folgendes Schreiben zu Gesicht gekommen: „An die Politische Staatsverwaltung! Mit heutigem teilen wir mit, daß der Seher I. gestern und heute einige Male mit dem Buchdrucker J. in der Druckerei R. R. telephonierte. Das Verhalten von I. ist antikommunistisch, gez. (Unterschrift).“ Man kann sich demnach vorstellen, wie dicht das Spionagennetz ist, mit dem alle Arbeiter in den Sowjetdruckereien umgeben sind.“

Die Folgen dieses Postsystems machen sich sehr empfindlich bemerkbar. Bei dem Abbau des Personals fliegen zunächst die hiesigen, die nicht zu schweigen verstehen, die sich unabhängig halten, die hie und da eine freie Meinung äußern. Jedes freie Wort wird natürlich von den kommunistischen Spitzeln den Behörden hinterbracht, die ihre Agenten natürlich freigeigig belohnen. Die Spitzel haben eine garantierte Stellung und genießen alle möglichen Vorrechte: bessere Wohnungen, Sommerurlaub in Kurorten auf Betriebskosten, Freistellen für ihre Kinder in verschiedenen Lehreinrichtungen usw.

Ein besonderes Kapitel sind die politischen Verfolgungen der Buchdrucker. Das regelmäßige Erscheinen des illegalen menschenwissenschaftlichen Organs „Der Sozialdemokrat“ raubt den Tschekisten den ruhigen Schlaf. Wer sind die Aufrührer? Natürlich die Buchdrucker. Und so werden denn fast allgemein Hausdurchsuchungen und Verhaftungen bei ihnen vorgenommen. Ich glaube, wenn man die Buchdrucker nicht brauchte, so würde die Tscheka sie sämtlich nach den Solowjeff-Inseln deportieren. Bei den Hausdurchsuchungen finden oft „kollegiale Unterredungen“ statt, bei denen dem betreffenden Arbeiter der Vorschlag gemacht wird, über die Verhältnisse im Betrieb, sowie über den Aufenthaltsort der verschwundenen Kollegen, gegen Honorar Berichte zu erstatten. Hierbei muß die schriftliche Bestätigung abgegeben werden, daß über den Inhalt dieser Unterredung und über die Hausdurchsuchung selbst niemandem Mitteilung gemacht wird. Besonders heftig sind die Repressalien in der letzten Monaten geworden. In kurzer Zeit sind in unserer Stadt etwa 20 Buchdrucker aus verschiedenen Druckereien verhaftet worden. Die übrigen sind eingeschüchert und zum Schweigen verurteilt.“

## Kommunistisches Toben in Wien.

In Wien ist der Metallarbeiterstreik in Oesterreich beigelegt worden. Jeder Streik, der beendet wird, ob ohne oder mit Erfolg, erscheint den Kommunisten als ein Unglück. Hier handelte es sich nicht um einen gewöhnlichen Streik, sondern um eine Massenbewegung, die die Kommunisten für ihre agitatorischen Zwecke nach allen Regeln der Moskauer Punkte auszunutzen gedachten. Und nun haben die sozialdemokratischen Bonzen den Streik „abgewürgt“.

„Ungeheure Erregung der verratenen Massen!“ lautet die Berliner „Rote Fahne“. Diese Erregung haben die Kommunisten in die Reihen der Streikenden hineinzutragen verstanden und sind nun — wie in allen solchen Fällen — erregt, daß ihnen mit der Beendigung des Streiks die Weltrevolutionsszene in Oesterreich fortgeschwommen sind. Aus Wut darüber haben sie Kravalle inszeniert. Mit ihrem UH-Sped. für jeden Streikenden ein Pfund und ein Brot, fuchste sie die Streikenden zu fördern. Es half nichts. Deshalb spritzten sie ihr Gift gegen die Gewerkschaftsführer aus. Triumphierend verurteilt die „Rote Fahne“ daß ein Teil der Unterhändler der Metallarbeiter „beim Herauskommen beschimpft und angepöckelt wurde“.

Die II. berichtet: Die Beendigung des großen Metallarbeiterstreiks hat zu blutigen Kravallen zwischen sozialdemokratischen Ordnern und kommunistischen Demonstranten geführt. Als die gestrige Vollziehung des Bezirksgerichts der getroffenen Vereinbarung zustimmte, wurden bei den Kommunisten, welche sich vor dem Arbeitshaus des 16. Bezirks angesammelt hatten, Protestrufe laut und man rief gegen die Fenster des ersten Stockes des Arbeiterheims: „Verräter“, „Psiu“ usw. Stöße wurden drohend erhoben und unter fürchterlichem Geschrei suchten die Kommunisten den Ordnern zu durchbrechen und in das Arbeitshaus einzudringen, dessen Tore rasch geschlossen wurden. Die Polizei konnte nur unter Aufgebot ihrer ganzen Kräfte den Sturm abwehren. Ein Redner aus der Mitte der Demonstranten wirkte dadurch einermöglichen beruhigend, daß er die Entsendung einer Abordnung in das Arbeiterheim vorschlug, um zu erklären, daß die Arbeiterschaft mit der zehnprozentigen Lohnhöhung unzufrieden sei und an der fünfzehnprozentigen Lohnhöhung festhalte.

Als die Abordnung nach einer halben Stunde zurückkam und Bericht über die Erfolglosigkeit ihrer Aussprache mit der Streikleitung erstattete, erhoben sich neuerlich stürmische Proteste und Rufe: „Hinaus mit Euch.“ Die Masse kam in Bewegung und suchte das Arbeiterheim zu stürmen. Die Situation wurde immer bedrohlicher, da der Ordnungsdienst zu schwach war, um die vorwärts stürmenden Kommunisten zurückzudrängen. Plötzlich erscholl der Ruf: „Ordnern heraus!“ und viele hundert mit Stöcken bewaffnete Ordnern stürzten aus dem Arbeiterheim, um sich der schon schwer bedrängten Ordnernseite anzuschließen. Dabei wurde ein Arbeiter schwer verletzt und zwei leicht verletzt. Schließlich gelang es den Ordnern und dem Einschreiten der Wache, die Ruhe wieder herzustellen. Erst in den späten Nachtstunden zerstreuten sich die Kommunisten. Im zehn Uhr abends wurde im ersten Bezirk das elektrische Licht wieder eingeschaltet, und heute früh wurde die Arbeit wieder aufgenommen.“

Die „Rote Fahne“ schließt ihren Bericht mit den Sätzen ab: „In den Abendstunden sprechen kommunistische Redner zu den versammelten Massen, denen sie angesichts dieses Verrats den Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei empfehlen. Die Kommunisten fordern die Fortsetzung des Kampfes bis zum Generallstreik...“

Ruh, die Kommunisten haben wieder einmal gezeigt, gegen wen sie ihre Banditenkämpfe richten, wie sie sich die „Einheitsfront“ denken.

Die belgischen Bergarbeiter in der Borinage haben nach dem inzwischen genau festgestellten Abstimmungsergebnis die Fortsetzung des Streikes mit 15 747 gegen 2313 Stimmen beschlossen. Aufstellend ist, daß von rund 33 000 Streikenden sich nur 18 210 an der Abstimmung beteiligten.

Die Arbeitgeber der Condener Gemäthschen von Cobent Garden hatten sich Dienstag nachmittags versammelt, um die Lage von neuem zu prüfen. Der Streik dauert nun sechs Wochen. Trotzdem wurde mit 998 gegen 2 Stimmen beschlossen, keine Unterredung mit den Streikenden zu eröffnen, daß wurde im Prinzip der Errichtung eines permanenten Schiedsgerichts zugestimmt.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Selzer; Gewerkschaftsbewegung: F. Steiner; Revolution: R. A. Fischer; Politik und Sonstiges: Felix Kaufmann; Auswärtige: H. Gode; Journalistik: Berlin; Verlag: Bernhardt-Verlag, G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhardt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. O. 68, Lindenstraße 3.

**HOLZHAUSER**  
von 500 Mk. an,  
Schuppen, Hallen, Garagen etc. liefert preiswert kundentreu  
Holzhausbau Littmann  
9 54, Lützowstraße 81/83  
Berlin 5229/31

Adolf Hoffmann  
**Episoden und Zwischenrufe**  
aus der Parlaments- und Ministerzeit.  
Preis 1 Mark, Porto 5 Pfennig.  
zu beziehen durch  
**H. Hoffmann,**  
Berlin O. 17, Ropenstr. 6. II.  
Verlagsnummer 130 461.

Nur bei  
**Eisen & Diamant**  
Kaiserstr. 4  
kaufen Sie am billigsten  
**Schokoladen**  
bekanntester Marken.  
Große Auswahl für  
**Serien-Verlosungen!**  
Zweigstelle:  
**Andreasstr. 13** (Schles. Bahnh.)  
2% Rabatt!

**Ich verschenke**  
an meine Kunden in den Monaten August bis Dezember  
**Speise- u. Schlafzimmer, Küchen usw.**  
Diese Gegenstände sind bei der Firma **FECHNER & FREDEL**,  
Möbelfabrik, Neue Schönhauser Straße 2, ausgestellt.  
Ferner kommen 50 Preise à 10,- Mark zur Verteilung.  
Keine Einsendung irgendwelcher Beiträge erforderlich. Kein  
Preisaufschlag. Bedingungen unverbindlich im Laden.  
**Trauringe**  
1 Ring 900 Dukatengold von M. 500 an  
1 Ring 585 gestemp. von . . . M. 400 an  
1 Ring 333 gestemp. von . . . M. 250 an  
**H. Wiese, Juwelier**  
Berlin N., Artilleriestr. 30  
Berlin W., Passauer Str. 12  
Preisliste gratis  
ges. gesch.  
Beim Umtausch werden die bei mir gekauften Ringe innerhalb eines Jahres zum vollen Preis zurückgenommen.

**Technische Lehrvorträge und Uebungen für Kaufleute**  
veranstaltet von der  
**Gesellschaft zur Verbreitung technischer Wissenschaften in der Kaufmannschaft m. b. H.**  
Hochbau - Tiefbau - Maschinenbau  
Elektrot. - Chalk - Gas, Wasser, Heizung und Lüftung.  
Beginn der Vorträge: Mitte Septbr. 1924  
Drucksachen und Auskünfte kostenlos  
du ch die Geschäftsstelle: Dr. Hauer,  
Charlottenburg, Stormstr. 3. Sprechstunden: Mittwochs und Sonnabends 4-5 nachm., sowie Sonntags v. 11-12.  
Fernsprecher: Westend 209 und 695.  
**Landwirtschaftl. Hochschule in Berlin**  
Beginn der Aufnahme für das Wintersemester 1924-25 am 15. Oktober 1924.  
Der Vorlesungen am 3. November.  
Drucksachen durch die Registratur.

Verlangen Sie beim Einkauf ausdrücklich  
**Kapitan-Kautabak.**  
den echten  
Nur dann sind Sie sicher, ein erstklassiges bestes Fabrikat zu erhalten.  
In den meisten Geschäften erhältlich.  
Neue Niederlage, nicht ein C. Böcker,  
Berlin, Lützowstr. 22 (E. 11. 1081).

Bei Kurs April-Oktober.  
**Gicht**  
Rheumatismus, Ischias,  
Frauenleiden  
Eisenmoorbad  
**Bad Schmiedeberg, Bezirk Halle**  
Bahn Wittenberg-Eilenburg. Herrliche Waldesrand. Großes Kurhaus m. Versammlungsräumen f. Kongresse usw. Prospekt 66 gegen Rückporto durch städtische Badeverwaltung.

Besonders  
billig!